

Abstimmungsverhalten bei der Ratssitzung vom 14.04.2011

1. Antrag der SPD: Mitgliedschaft der Stadt Trier im ‚Bündnis für eine Soziale Stadt‘

Dieser Antrag ergibt sich konsequent aus dem Umstand der Mittelkürzungen von Seiten der Bundesregierung um 70%, wodurch die Projekte Soziale Stadt Trier-Nord, Soziale Stadt Trier-West und Soziale Stadt Trier-Ehrang gefährdet sind. – Hier sieht man jedoch auch, dass sich das Engagement der Stadt Trier lediglich auch drei Stadtteile fokussiert, die aus Bundesmitteln finanziert werden. Die meisten übrigen Stadtteile müssen zusehen, wie sich ohne finanzielle Bundesmittel weiter entwickeln. – Trotz dieser Kritik werde ich dem Antrag freilich (zunächst) zustimmen.

2. Aus meiner Zustimmung ergibt sich jedoch eine Konsequenz, die ich in Bezug auf die Vorlage 070/2011 im Rat thematisieren werde. Bei dieser Vorlage handelt es sich um die Abgrenzungen des Flächennutzungsplan im Bereich der ‚Kaserne Castelnau‘ in Feyen. Hier beantragten die Privatinvestoren auf der letzten Dezernatssitzung IV am 05.04.11, dass ein Bereich aus dem Plan ausgeklammert werden solle, weil es sich hier um eine marode Bausubstanz handele, – jedoch nicht im Blick auf diese vorliegende Vorlage 070/2011 - die dem Standard eines bloßen „Sozialhilffamilieus“ entspräche! Angesichts der hiermit verbundenen Problematik einer zeitweisen Umsiedlung der Familien, etc. und des sich daraus ergebenden Zeit-, Verwaltungs- und Finanzaufwandes, solle dieses Gebiet aus dem Flächennutzungsplan ausgeklammert werden, damit eine möglichst „rasche“ Umsetzung der Bauvorhaben und die damit Verbunde (private) Wertschöpfung realisiert werden könne. Wann das marode „Sozialhilffamilieu“ saniert werden könne, stehe nicht fest. – Die Verwaltung zeigt sich zunächst überrascht und konstatierte, dass diese Sichtweise zuvor nicht mit ihr abgesprochen worden sei. Eine ausführliche Stellungnahme solle noch folgen. Angesichts der zunehmenden Hektik am Schluss der Dezernatssitzung, habe ich der Vorgeschlagenen Eingrenzung (unüberlegt) zugestimmt. – Diese Zustimmung möchte ich hiermit wiederrufen.

Es kann nicht angehen, dass sich die Stadt Trier mit dem bloßen Titel eines ‚Bündnisses für eine Soziale Stadt‘ nach dem Willen der SPD-Fraktion schmückt, ohne gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, dass sanierungsbedürftig Wohnviertel, wenn es – wie in Feyen - darauf ankommt, auch tatsächlich saniert werden. Keinesfalls kann ich dem Beitritt zum Bündnisses zustimmen, nur damit für einige wenige Stadtteile Zuschüsse abgeschöpft werden können, während Gebiete in anderen Stadtteilen ausdrücklich von einer in Trier aber dringend benötigten, neuen Sozialwohnungsbaukultur ausgeklammert werden. Es kann nicht angehen, dass private Investoren hierbei keine Wertschöpfung für sich erkennen können und darum nur die ausgemachten ‚Filet-Stücke‘ für sich beanspruchen wollen. Die Stadt Trier wird auf diese Weise niemals etwas am Bebauungszustand des sog. „Sozialhilffamilieus“ verändern, womit eben eine große Chance zur Anhebung des Lebens- und Wohnstandards der Menschen vor Ort wieder einmal vertan wurde.

Mit anderen Worten: Entweder wird die Stadt darauf bestehen müssen, dass dieses Gebiet mit dem eindeutigen „Sozialhilffamilieucharakter“ nicht aus dem veränderten Flächennutzungsplan herausfällt, oder ich werde die Stadt Trier auffordern einen eigenen Entwurf zur Sanierung zeitnah vorzulegen, weil sonst aus meiner Sicht dem von der SPD-

Fraktion gefordertem Beitritt der Stadt Trier zum „Bündnis Soziale Stadt“ auf eklatante Weise widersprochen wird.

In Bezug auf die Vorlage 070/2011 werde ich mich enthalten.

3. Es dürfte wohl klar sein und keiner weiteren Begründung mehr bedürfen, dass ich der Neubesetzung der Dezernatsausschüsse nicht zustimmen werde. Es ist kein Affront gegen die Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien, sondern der Borniertheit meiner ehemaligen Kollegin bei den Linken, Katrin Werner (MdB) geschuldet, die eine starke Linksfraktion im Rat der Stadt Trier auf lange Zeit verunmöglicht hat. Eine Quittung dafür hat Die Linke bei der Landtagswahl erhalten, indem sie in die Bedeutungslosigkeit zurückfiel. Dass mich das ärgert, dürfte wohl verständlich sein, denn es wäre vermeidbar gewesen.
4. Die Vorlage 021/2011 zur West- und Nordumfahrung Trier wird von mir abgelehnt. – Diese Vorlage wurde mit heißer Nadel gestrickt und ist vor allem in der Forderung einer neuen „Nordbrücke über die Mosel“ völlig unausgegoren. Der Verkehr, der über den vorgesehenen Ausbau der sog. Meulenwaldautobahn an Trier vorbeigeleitet werden soll, wird andererseits direkt in die Innenstadt über die neue Nordbrücke geführt werden. Die hierdurch erwartete Entlastung des Westufers der Mosel (Trier-Palmen) einerseits wird durch einen Zuwachs in Trier-Nord und angrenzenden Wohngebieten der Innenstadt kompensiert werden, was einem Schildbürgerstreich gleichkommt. – Auch gilt es dem Prinzip zu widerstehen, dass die Bauvorhaben einzig so ausgerichtet werden, dass nur der Bund für die Realisierung aufkommen muss – unabhängig davon, was für die Situation vor Ort in Trier am besten ist. Die Gelder für diese Straßenbauvorhaben sollten in einen gescheiterten ÖPNV-Ausbau und in eine ÖPNV-Finanzierung (Nulltarif für alle) gesteckt werden, zumal andere Stadtteile (Kürenz) ins Angesicht seit Jahrzehnten erzählt bekommen, es wäre kein Geld für läppische 500 Meter Straßenneubau über den Grüneberg vorhanden. Selbst die Fachleute wissen, dass gewisse Probleme des motorisierten Individualverkehrs nur durch Straßenneubauten gelöst werden können, wenn nicht generell und radikal umgedacht wird. – Heiliger Widerspruch! So sagte der Bundesverkehrsminister seine Unterstützung des Ausbaus der Bahnverbindung zwischen Luxemburg und Trier vorsichtshalber ab. Aber für die Bundesautobahn durch den Meulenwald soll er wohl und will er auch bezahlen. – Dem stimme ich nicht zu.
5. Die Vorlage 050/2011 zur Fotovoltaikanlage auf dem Petrisberg hat bereits einen weiten Weg hinter sich gebracht. Sowohl im Stadtrat als auch in den verschiedenen Ortbeiräten von Tarforst, Olewig und Kürenz war sie Gegenstand von Beratungen. Wer aber gegen gefährlichen Atomstrom ist, oder wer sogar dafür ist, dass das Atomkraftwerk Cattenom geschlossen werden sollte, der kann nicht dagegen sein, wenn es gilt in seinem Garten eine Solaranlage aufzustellen. Jeder weiß, dass es nicht viele dafür geeignete Plätze in Trier gibt. Der Petrisberg ist aber mit Abstand der dafür am besten geeignete Ort. Es wäre daher fahrlässig, diesen Standort durch kleinbürgerliches Denken preiszugeben. Wer spazieren gehen will, kann das auch weiterhin machen; wer denkt, er müsse seinen Besitzstand auf dem Petrisberg sichern, kann das letztlich nur durch eine Zustimmung zu dieser Anlage bekunden. Jeder Abiturient weiß, dass der kategorische Imperativ von Kant Handlungsmaximen als unethisch kennzeichnet, die durch einen Selbstwiderspruch gekennzeichnet sind. Also: Wer die Handlungsmaxime verfolgt, mit Atomstrom leben zu

wollen, der muss auch bereit sein – im Zweifelsfall, d.h. beim maximalsten Gau – vor das verstrahlte Kraftwerk zu treten, um dort zu löschen! – Will er sich letzteres aber aus Gesundheitsgründen nicht zumuten, dann kann er nicht wollen, dass andere es sich zumuten lassen müssen, denn das wäre der Selbstwiderspruch der den Grund dafür angibt, dass diese Handlungsmaxime (Atomstrom) eben nicht umzusetzen ist. - Wer also für Atomstrom ist, aber gegen den Bau von Solaranlagen vor seiner Haustür, der kann nicht ethisch korrekt Denken und es ist überhaupt fraglich, ob man ihm diese grundlegenden gesellschaftspolitischen Entscheidungen überhaupt übertragen sollte, wenn klar ist, dass er mit der Logik Probleme hat. – Also: Dem Bau der Fotovoltaikanlage auf dem Pertrisberg stimme ich zu, weil ich nicht erst seit heute für die Abschaltung von Atomkraftwerken bin.